

Dieter Braunmüller
Helmut Püschel

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Peter Rauscher

Regine Glück
Bernd Sackmann

Claudia Himmer
Reinmar Wipper

Haushaltsrede 2014

Nürtingen, den 5. November 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger“ sagte Perikles ca. 470 Jahre vor Christus. Die Fraktion Nürtinger Liste/Grüne stimmt Perikles zu. Der Mehrheit der Entscheidungsträger in unserer Stadt sind offensichtlich **stille Bürger** lieber.

Geringes Interesse an den Workshops zum Stadtentwicklungskonzept

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den zurückliegenden Workshops zum Stadtentwicklungskonzept war gering.

Ist der Grund für das Desinteresse an der integrierten Stadtentwicklung vielleicht hausgemacht? In anderen Städten sind die Veranstaltungen zu Fragen der Stadtentwicklung ein Besuchermagnet, bei denen sie mitreden und mitgestalten. Handeln die in Nürtingen repräsentativ befragten Bürger nach der schwäbischen Devise „I han scho alles gsagt“ und kommen deshalb nicht zusätzlich zu den Veranstaltungen oder resignieren sie, weil sie unterstellen, dass **„dia sowieso des denn, was se wellat“** ?

Sind das die traumatischen Erinnerungen an die Runden Tische zur Bebauung des Wörth-Areals oder an das geäußerte Misstrauen des Oberbürgermeisters bei der Entgegennahme der 3.000 Unterschriften gegen die geplante Wörth-Bebauung? Wenige Monate danach kommt die Antwort im Rahmen der ISEK Befragung: Mit großer Eindeutigkeit haben die Befragten das Thema **„Stadt am Fluss“ zum zentralen Wunschthema erhoben.**

Engagierte Bürger, die an der Stadtentwicklung Anteil nehmen, werden vielfach als Nörgler und Störenfriede betrachtet. Der Mehrheit der Entscheidungsträger sind stille Bürger lieber.

Dies wurde auch ersichtlich bei der Diskussion der **Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung** im Gemeinderat. Es erfolgte zwar formell eine Zustimmung, doch es besteht wenig Hoffnung auf die inhaltliche Umsetzung der Vorschläge.

Der Beginn der Mitarbeit im Stadtentwicklungskonzept war zunächst verheißungsvoll. Von **3.000 repräsentativ ausgewählten Bürgern** beteiligten sich rund 43 Prozent an dem umfangreichen Fragenkatalog. Diese hohe Rücklaufquote zeigt, dass sich viele Nürtinger für die Zukunft ihrer Stadt interessieren. Die Antworten wurden aufbereitet und fünf unterschiedlichen Themenfelder zugeordnet. Bei den hierzu im Oktober stattfindenden Workshops zeigte es sich jedoch, dass die Resonanz für eine aktive Mitarbeit gering war. An den fünf Arbeitssitzungen nahmen jeweils nur zwischen zehn und zwanzig Bürger teil. „Woran liegt's?“, muss sich die Stadt fragen lassen.

Fünf Termine in einer Woche, alle bis auf einen werktags, zwischen 18 und 21 Uhr sind eine Zumutung. Welcher Arbeitnehmer - das werden die meisten der Befragten sein -, kann hier noch Zeit und Energie aufbringen? Eltern kommen dann garantiert nicht. Wir würden deshalb eine zusätzliche Veranstaltung für sinnvoll halten, bei der auf die zeitlichen Belange der Besucher Rücksicht genommen wird. Diese Veranstaltung, etwa an einem Samstagvormittag, sollte von einer offensiveren Werbekampagne begleitet werden.

Wie geht es weiter bei der Wörth-Bebauung?

Ein zentrales Thema der Bürgerbeteiligung war und ist die Wörth-Bebauung und der Zugang zum Neckar. **Die Frage, ob und wie es weitergeht, bewegt viele Bürger.** Der vorgegebene Zeitdruck, der mit dem großen Wohnungsbedarf und der Gefährdung des erhaltenen Zuschusses verbunden wurde, hat sich offenbar in Luft aufgelöst. Gründe für eine nochmalige Überarbeitung des Projektes gibt es genug:

- die noch ausstehende Entscheidung über die Petition
- das fehlende Konzept für den Hochwasserschutz
- die neu installierten Bürgerfeste am Neckar die Vorschläge zur Freiraumplanung
- die fehlende Zustimmung der Anlieger
- das immer größer werdende Ungleichgewicht zwischen Nutzen und Ertrag

Bei der Kosten-Nutzen-Betrachtung sind auch die **Folgekosten für den Wegfall der bestehenden Parkplätze zu erfassen**. Bei einer zweireihigen Bebauung entstehen Folgekosten in Millionenhöhe. Diese sind dem Projekt als sekundäre Infrastrukturkosten zuzurechnen. Es stellt sich die Frage, ob und wo Ersatzparkplätze gebaut und wie diese finanziert werden.

Warum fallen die Sitzungen des Gestaltungsbeirats aus?

Mit großen Erwartungen haben wir den Sitzungen des Gestaltungsbeirates entgegengesehen. Nach zwei interessanten Tagungsrunden im November 2012 und April 2013 mit Expertisen zu den Projekten

- Heim-Areal
- Erweiterung Zentralbar
- Kreuzkirchpark
- Wohnanlage Psychiatriegelände

ist ein plötzlicher Stillstand eingetreten. Die beiden letzten vierteljährlichen Sitzungen im Sommer und Herbst dieses Jahres sind ohne Angabe von Gründen ausgefallen. Mit Sicherheit kann es nicht daran liegen, dass es zu wenige Gestaltungsprobleme gibt. Das Gegenteil ist der Fall. Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr.

Wir sehen dringenden Beratungsbedarf

- bei der Freiraumplanung des Wörth-Areals
- bei der Gestaltung der Hochwasserschutzmaßnahmen
- bei der Weiterplanung des Heim-Areals
- bei den Überlegungen zum Melchiorgelände und Greiner-Areal
- bei den grundlegenden Überlegungen zum Busbahnhof-, Güterbahnhof- und ehemaligem WLZ-Gelände

Möchte man diese Projekte ohne den Gestaltungsbeirat entscheiden? Ist die Stadt beratungsresistent, wie ein Nürtinger Architekt bei einer Veranstaltung kritisch bemerkte? Wir bemängeln die schwache Beteiligung der Verwaltung und des Gemeinderates bei den bisherigen Sitzungen des Gestaltungsbeirates.

Kulturpolitik

Gutes gibt es von der Kultur zu berichten. Wir möchten uns bei allen Beteiligten, die die Initiative unserer Fraktion aufgegriffen haben und die Kinder- und Jugendkulturtage nun zum dritten Mal erfolgreich durchführten, herzlich bedanken. Diese Veranstaltungsreihe ist modellhaft, hat sie doch die **städtischen** Kultureinrichtungen (VHS, Stadtbücherei, Jugendkunstschule, Musikschule, Bürgertreff, Stadtmuseum und Kulturamt) und die **nichtstädtischen** Kultureinrichtungen (Buchhandlung Zimmermann, Buchhandlung Rotes Haus, Jugendhaus, Haus der Familie, Kinderkulturwerkstatt, Provisorium, Forum Türk und Hölderlinverein) zusammengeführt. **Bei einem Etat von „nur“ 5.000 Euro!**

Haushaltsplanentwurf 2014 ist nahezu identisch mit 2013

Bei der Beurteilung des Haushaltsplanentwurf 2014 kann ich nahtlos die Rede vom letzten Jahr übernehmen. Die Situation ist nahezu identisch: Die Steuereinnahmen sind auf Rekordniveau und **dennoch braucht der Stadtkämmerer Kredite**, um den Vermögenshaushalt auszugleichen!

Das Haushaltsjahr 2013 war somit kein einmaliger Ausrutscher, sondern es zeigte sich, dass sich die Situation in 2014 gegenüber dem Vorjahr sogar noch verschlechtert hat. Sichtbares Zeichen ist die Abnahme der Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt um 1,3 Mio. Euro gegenüber dem letzten Jahr. Sie beträgt nur noch 4,9 Mio. Euro. Eine weitere Verschlechterung ist dadurch eingetreten, dass außer der Kreditaufnahme von 5,3 Mio. Euro auch noch 725.000 Euro aus der Rücklage zugeführt werden müssen. Die Rücklage weist mit 2,1 Mio. Euro nur noch die gesetzliche Mindesthöhe aus.

Der Handlungs- und Gestaltungsspielraum tendiert gegen Null. Reserven für schlechte Jahre sind keine vorhanden. Investitionen können nur noch mit Krediten finanziert werden. Mit dieser desaströsen Haushaltslage ist es schwierig mit Optimismus an zukünftige Aufgaben heranzugehen. Es ist deshalb anerkennungswert, dass im Bildungsbereich, zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit und im Kindergarten- und Kleinkindbereich im Rahmen des Kindergartenmasterplans und der eingeführten zweiten Leitungsebene die vorgesehenen Maßnahmen ohne Abstriche umgesetzt werden sollen.

Analyse der Verwaltungs- und Betriebsausgaben

Die Problematik des Haushaltes liegt auf der Ausgabenseite. Wir haben deshalb versucht, die Ursachen der gestiegenen Ausgaben zu ergründen. Die Überprüfung ergab, dass u.a. bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben die Planansätze für 2013 und 2014 sehr hoch sind und nicht mit den abgerechneten Haushaltsjahren 2010 bis 2012 zusammenpassen. Beim Übergang vom Rechnungsergebnis (RE) auf das Jahr 2013 entsteht ein Kostensprung von 3,0 Millionen Euro bzw. 23,1 % , der von den früheren Steigerungsraten zwischen 2,5% und 5,7 % erheblich abweicht.

Kostenentwicklung der Verwaltungs- und Betriebsausgaben

Jahr	Gesamtbetrag in Mio. Euro	Erhöhung in Mio. Euro und Prozent	
Rechnungsergebnis 2010	12,011		
Rechnungsergebnis 2011	12,691	0,680	+5,7 %
Rechnungsergebnis 2012	13,024	0,323	+2,5 %
Plan 2013	16,020	2,996	+23,1 %
Plan 2014	16,442	0,422	+2,6 %

Wir beantragen eine Überprüfung und ggf. eine Korrektur der entsprechenden Haushaltsansätze für 2014. Dies bringt natürlich keine direkte Ersparnis mit sich, sondern sie dient vielmehr für eine Aktualisierung der Kostenvorgabe. Wir erwarten einen Haushalt nach bestem Wissen und Gewissen. Nur auf dieser Grundlage können wir der vom Kämmerer den Gemeinderäten **zugewiesenen Verantwortung für den Haushalt** gerecht werden.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Haushaltssituation

IMAKA-Gutachten

Das Gutachten der Firma IMAKA (Institut für Management GmbH mit Sitz in Leonberg) mit zahlreichen Sparvorschlägen könnte ein Rettungsanker sein. Leider liegt dem Gemeinderat das komplette Gutachten bisher noch nicht vor, sondern wird von der Verwaltung unter Verschluss gehalten. Wir können daher nicht erkennen, ob und welches Einsparungspotenzial in diesem Gutachten steckt. Wir werden jedoch zukünftig konsequenter sein müssen, wenn es darum geht, Einsparpotenziale umzusetzen. Das gilt zum Beispiel für den Vorschlag zur Zusammenfassung der Bauhöfe. Wir erwarten, dass die **Zusammenlegung der Bauhöfe „ohne Wenn und Aber“** umgesetzt wird. Es ist grotesk, wenn die Stadt einen Widerspruch auch noch finanzieren müsste. Auch die Entwicklung der Personalausgaben muss analysiert werden. **Zusammen mit den Personalausgaben der Gebäudewirtschaft (GWN) sind die Personalausgaben der Stadt die Höchsten in der Region**, wie aus einer Analyse der IHK Stuttgart zu entnehmen ist.

Erhöhung der Einwohnerzahlen

Die einzig sichere Einnahmenquelle der Stadt sind die Anteile der Steuerzahler am Einkommensteueraufkommen des Landes. Dieser Betrag ist um 11 % gestiegen und stellt mit 19,3 Millionen Euro die höchste Steuereinnahme dar. Wir befürworten die Bemühungen der Stadt, die Einwohnerzahlen zu erhöhen. Neue stadtnahe Wohngebiete wurden von uns schon vor langer Zeit ins Gespräch gebracht, wie das östliche Bahngelände und das Greiner-Areal. Es besteht vor allem ein dringender Bedarf nach erschwinglichem Wohnraum für Familien.

Auch bei den Schlüsselzuweisungen spielen die Einwohnerzahlen eine Rolle. Bei der Haushaltsplanung 2014 wurden zum ersten Mal die Einwohnerzahlen aufgrund der Zensus-Erhebung nur noch mit 40.000 Einwohner angesetzt. Wir befürworten das Anliegen der Stadt, dass die verminderten Einwohnerzahlen überprüft werden.

Haushaltsanträge

Trotz der prekären Haushaltssituation möchten wir Haushaltsanträge einreichen und damit Verbesserungen auf vielen Gebieten anstoßen, die wir für wichtig erachten.

Kurzfassung der Haushaltsanträge

- Streichung der Investition Neubau Steinachbrücke (550.000,-- Euro)
- Überprüfung der Haushaltsansätze der Verwaltungs- und Betriebsausgaben
- Ermittlung der Folgekosten für die wegfallenden Parkplätzen auf dem Wörth-Gelände
- Verkehrsgutachten für den alternativen Standort des Busbahnhofs auf Gleis 13
- Zurücknahme der Abbruchgenehmigung für das Güterbahnhofsgebäude
- Anschaffung von zusätzlichen und diebstahlsicheren Fahrradbügeln für die Innenstadt, Schulen und Freibad (anteilige Förderung durch Landesmittel)
- Sanierung und Verschönerung der Bahnunterführung
- Fertigstellung des Kreuzkirchparks als Spielplatz und Aufenthaltsfläche
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus
- Förderung der Feldlerchenpopulation
- Einstellung eines Klimaschutzmanagers/-managerin (anteilige Förderung durch Landesmittel)
- Ausweis einer Planungsrate für das Melchiorgelände
- Preisermäßigung für Busbenutzer
- Reduzierung der Gebühren für eine Außenbewirtschaftung
- Reparatur und Sanierung von Gehwegen
- Beteiligung von Umlandgemeinden an den Brandschutzkosten der weiterführenden Schulen

Ich bitte Sie um wohlwollende Prüfung und Befürwortung der vorgenannten Haushaltsanträge.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Dieter Braunmüller
Helmut Püschel

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Peter Rauscher

Regine Glück
Bernd Sackmann

Claudia Himmer
Reinmar Wipper

Haushaltsrede 2014

Nürtingen, den 5. November 2013

HAUSHALTSANTRÄGE

Wir beantragen die Streichung der geplanten Investition „**Neubau Steinachbrücke**“ in Höhe von 550.000 Euro, da wir diese Maßnahme in 2014 noch nicht für entscheidungsreif halten. Wir beantragen ferner eine kostengünstigere und sparsamere Ausführung als Geh- und Radwegbrücke.

Wir beantragen die **Überprüfung der Haushaltsansätze** 2014 für die Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Die Planansätze für 2013 und 2014 sind gegenüber den Rechnungsergebnissen von 2010 - 2012 sprunghaft gestiegen. Wir beantragen ggf. eine Berichtigung der Haushaltsansätze.

Wir beantragen eine aktualisierte Kosten-Nutzen Berechnung für das Wörth-Gelände, bei der die **Folgekosten für die wegfallenden Parkplätze** berücksichtigt werden. Bei einer zweireihigen Bebauung fallen ca. 100 Parkplätze weg. Die Parkplätze sind täglich voll belegt. Sie stehen u.a. auch den Bediensteten des Rathauses zur Verfügung. Bei einer Bebauung entstehen für die Ersatzbeschaffung Folgekosten in Millionenhöhe, die als sekundäre Infrastrukturkosten dem Projekt zuzurechnen sind. Wir beantragen Auskunft, ob und wo Ersatzparkplätze geplant sind und mit welchen Kosten zu rechnen ist.

Wir beantragen, dass 10.000 Euro für ein **Verkehrsgutachten** bereitgestellt werden, um die Leistungsfähigkeit der Oberboihinger Straße und der Kreuzung Bahnhof-/Europastraße zu berechnen, falls auf dem Güterbahnhofsgelände ein neuer Busbahnhof gebaut werden würde. Die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend für die weitere Entwicklung des ZOB Geländes und der Bahnstadt Ost.

Wir beantragen die Zurücknahme der erteilten **Abbruchgenehmigung für das Güterbahnhofsgebäude** bis über die endgültige Nutzung und Gestaltung des Güterbahnhofsgeländes entschieden ist. Das Gebäude ist Bestandteil der bisher ausgesprochenen Veränderungssperre. Durch einen voreiligen Abriss wird das Gelände nicht ansehnlicher. Wir halten dieses Gebäude für stadtbild- und geschichtsprägend. Wir können uns eine zukünftige Nutzung als Fahrradstation für Pendler und als Verleihstation von Pedelecs und Fahrrädern für Besucher und Touristen vorstellen. Diese Velo-Station könnte, wie in Kirchheim, durch eine Kooperation der örtlichen Betriebe erfolgen.

Wir beantragen, die Anschaffung von zirka 350 neuen, stabilen und diebstahlsicheren Fahrradbügel. Diese **Fahrradbügel** sollen im Stadtgebiet und an Schulen, Sporthallen und vor allem am Freibad aufgestellt werden. Diese Anschaffung ist förderfähig. Wir rechnen mit einem Kostenvolumen von 50.000 Euro. Das Land fördert Radverkehrsmaßnahmen ab 50.000 Euro zu 50 Prozent, so dass mit Nettokosten von 25.000 Euro zu rechnen ist.

Wir beantragen, eine **grundlegende Sanierung und Verschönerung der Bahnunterführung**. Der Bahnhof Nürtingen zählt zu den meistfrequentierten Bahnhöfen in der Region. Der Bodenbelag und die Wandverkleidung der Bahnunterführung sind unansehnlich. Ferner halten wir die Einrichtung einer öffentlichen Toilettenanlage für zwingend notwendig. Wir bitten die Stadt, dass sie bei der Bahn die Missstände offenkundig macht. Unterstützung erhoffen wir durch Regionalpräsident Bopp, der sich dafür aussprach, dass die Bahnhöfe in der Region „keine Unorte, sondern Wohlfühloasen“ sein und die Bahnhöfe „aufgemotzt“ werden müssten. Dem ist hinzuzufügen, dass die Stadt der Region jedes Jahr einen Betrag von 144.000 Euro für das Projekt Stuttgart 21 überweist und Nürtingen Teil des Gesamtprojektes ist.

Wir beantragen, dass der **Kreuzkirchpark als Spielplatz und Aufenthaltsfläche** im Einvernehmen mit Herrn Architekt Pfrommer endlich fertiggestellt wird. Wir regen eine Erweiterung der Spielfläche an. Die Bürger und der Gestaltungsbeirat sind in die Planung einzubeziehen.

Wir beantragen, dass die Stadt ein Programm auflegt, um den **sozialen Wohnungsbau** zu fördern. Derzeit bringt die Stadt Nürtingen 214 Obdachlose unter. 1.856 Personen stehen auf der Warteliste für kostengünstige städtische Wohnungen. Berücksichtigt man, dass die Dunkelziffer für diese Wohnungssuchenden noch bedeutend höher ist, dann wird deutlich, dass wir hier einen dringenden Handlungsbedarf haben.

Wir beantragen, dass zum Erhalt und der **Förderung der Feldlerchenpopulation** im Ackergebiet Galgenberg Maßnahmen ergriffen werden. In den Jahren 2008 bis 2010 wurde in Nürtingen im Rahmen des "Aktionsplans Biologischen Vielfalt" der Landesregierung Baden-Württemberg ein Biodiversitäts-Check durchgeführt. Ziel war es, Arten und Lebensräume zu definieren, die auf dem Stadtgebiet zum Erhalt der Biologischen Vielfalt gefördert werden sollten. Für die Feldlerche wird angegeben, dass auf dem Galgenberg Brutpaare nur noch in geringer Dichte anzutreffen seien. Als Maßnahmen, die auch anderen Ackervögeln, wie dem Rebhuhn dienen würden, werden z. B. Erhöhung der Saumdichte, Ackerbrachen und Extensivierung von Ackerflächen angegeben. Dazu sind Ausgleichszahlungen an die Landwirte nötig. Hierfür sollen 20.000 € bereitgestellt werden. Zur Bewirtschaftung des Geldes (Koordination, Projektabwicklung) werden 0,2 zusätzliche Stellen benötigt. Es wäre äußerst positiv für das Image der Stadt Nürtingen, die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Biodiversitäts-Check zu unterstützen. Bisher wurden nur querfinanzierte Naturschutzmaßnahmen umgesetzt. Daher halten wir es für angemessen, dieses Projekt als solches mit eigenen Mitteln auszustatten.

Wir beantragen, in den Haushalt eine **Planungsrate für das Melchiorgelände** in Höhe von 20.000 Euro aufzunehmen.

Wir beantragen, die **Schaffung der Stelle eines Klimaschutzmanagers/-managerin**. Für die strukturierte Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ist, wie Erfahrungen auch aus anderen vergleichbaren Städten zeigen, zusätzliche Personalkapazität unbedingt erforderlich. Sonst kann die Umsetzung nur lückenhaft und zögerlich erfolgen und die gesetzten Ziele können nicht erreicht werden. Die Vielzahl an Maßnahmen, die Notwendigkeit der Steuerung und Abstimmung mit vielen Akteuren sowie die erforderliche fachliche Kompetenz zeigen, dass eine konsequente Klimaschutzpolitik in Nürtingen eine anspruchsvolle Managementaufgabe darstellt. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fördert derzeit die Einstellung eines Klimaschutzmanagers für drei Jahre mit 65%. Darüber hinaus können Sachausgaben in Höhe von bis zu 10 % der Personalausgaben (max. 20.000 €) beantragt werden. Gefördert wird außerdem eine ausgewählte Klimaschutzmaßnahme zur Umsetzung des Konzeptes mit einem CO₂-Minderungspotenzial von mindestens 80 %, sofern die Förderung eines Klimaschutzmanagers/managerin bewilligt wurde. Im Regelfall erfolgt die Förderung der Umsetzung dieser Klimaschutzmaßnahme durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, jedoch höchstens 100.000 €.

Wir beantragen, dass entsprechend der Vorgehensweise in Wernau, die Stadt **Viererkarten für die innerstädtischen Buslinien** bezuschusst. Eine Viererkarte für 5 Euro soll in den Stadtteilrathäusern und im Bürgeramt erworben werden können. Eine Fahrt in der Innenstadt und zurück würde dann 2,50 Euro kosten (statt bisher 4,40 Euro). So kann es gelingen, dass die Bürgerinnen und Bürger auf den ÖPNV umsteigen und die Stadt Kosten für neue Parkhäuser spart.

Wir beantragen eine **Reduzierung der Platzgebühren** für die Außenbewirtschaftung im Stadtgebiet. Durch die Außenbewirtschaftung wird die Innenstadt in den Sommermonaten belebt und die Aufenthaltsqualität verbessert. Die Kosten für die Gastwirte sind jedoch teuer, das sie durch die Außenbewirtschaftung keinen zusätzlichen Mehrertrag erwirtschaften.

Wir beantragen, dass bei Straßensanierungen nicht nur der Straßenbelag, sondern grundsätzlich auch die **Gehwege** saniert werden. Dies wird ständig unterlassen. Zahlreiche Gehwege stellen sich als Flickenteppiche und Relikt verschiedener Baumaßnahmen dar (Strom, Gas, Wasser, Telefon usw.). Wir beantragen einen jährlichen Fördertopf von 100.000 Euro.

Wir beantragen eine **Beteiligung der Umlandgemeinden** an den Kosten für Brandschutzmaßnahmen an den weiterführenden Schulen. Mit den umliegenden Gemeinden sollen Gespräche geführt werden mit dem Ziel, dass sich diese Gemeinden anteilig (gemäß Gesamtschülerzahl) an den Brandschutzkosten beim Hölderlingymnasium und an den Neckarrealschulen beteiligen.